

Der US-Kongress muss bis spätestens Ende Februar 2014 die gesetzlich festgelegte Verschuldungsobergrenze erhöhen, damit die US-Regierung nicht erneut zahlungsunfähig wird.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 014/14 – 25.01.14

Der US-Finanzminister

warnt vor der bald wieder erreichten Verschuldungsobergrenze

Von Jonathan Weisman

The New York Times, 22.01.14

(<http://www.nytimes.com/2014/01/23/us/politics/treasury-secretary-sends-warning-on-debt-limit.html?hpw&rref=politics>)

WASHINGTON – **US-Finanzminister Jacob J. Lew hat den Kongress am Mittwoch davor gewarnt, dass die US-Regierung gegen Ende Februar zahlungsunfähig werden könnte, wenn sie sich nicht mehr Geld leihen darf; es droht also eine weitere Kraftprobe mit den Republikanern über die Anhebung der Verschuldungsobergrenze – und diesmal sogar noch früher, als führende Kongressmitglieder erwartet haben.**

In einem Brief an John A. Boehner (s. http://de.wikipedia.org/wiki/John_Boehner), den (republikanischen) Sprecher des Repräsentantenhauses, und die anderen drei führenden Kongressmitglieder teilte Minister Lew (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Jacob_Lew) mit, dass wegen der Steuerrückzahlungen für das Jahr 2013 im Februar eine Ausgabenflut drohe, die dem Finanzministerium wenig Spielraum lasse, weil die (geltende) Verschuldungsobergrenze bereits am 7. Februar erreicht werde.

Mit seinem Brief läutet der Finanzminister schon wieder die Alarmglocke, nur wenige Wochen, nachdem sich die beiden Kongressparteien nach Jahren erstmals wieder auf einen gemeinsam beschlossenen Haushalt und das dazugehörige Ausgabengesetz verständigt haben. Mit diesem Gesetz glaubte man einen Waffenstillstand im Haushaltsstreit erreicht zu haben, unter dem die US-Wirtschaft leidet, seit die Republikaner 2011 die Mehrheit im Repräsentantenhaus errangen.

Dabei wurde aber versäumt, gleichzeitig die Verschuldungsobergrenze anzuheben, was die Konservativen seit drei Jahren immer wieder verhindern wollten. Noch letzte Woche hoffte Senator Harry Reid (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Harry_Reid) aus Nevada, der Vorsitzende der demokratischen Mehrheit im Senat, den Streit um die erneute Anhebung der Verschuldungsobergrenze noch bis Mai hinauszögern zu können, weil er glaubte, das Finanzministerium könne seinen Zahlungsverpflichtungen noch so lange nachkommen.

Mit seinem Brief hat Lew diese Spekulationen beendet. Anders als frühere Kämpfe um eine Anhebung der Verschuldungsobergrenze findet der diesjährige in einer Zeit statt, in der besonders hohe Ausgaben anfallen, so dass ihn das Finanzministerium nicht hinauschieben kann. Im Februar 2013 musste die US-Regierung 230 Milliarden Dollar ausgeben, in den anderen Monaten waren es durchschnittlich nur 45 Milliarden Dollar. Im Februar 2014 werden die Ausgaben noch höher sein, weil die zeitweise (Zahlungsunfähigkeit und) Stilllegung der Regierung im Herbst 2013 die Bearbeitung der Anträge auf Steuer-rückerstattung verzögert hat, so dass im Februar ein besonders hoher Rückzahlungsbeitrag anfallen wird.

"Die Wahrung der Glaub- und Kreditwürdigkeit der USA liegt in der Verantwortung des Kongresses, weil nur der Kongress die Verschuldungsobergrenze der USA anheben kann," schrieb Lew in seinem Brief. "In unserer Geschichte hat sich bisher kein Kongress dieser Verantwortung entzogen. Ich appelliere an den Kongress, durch die Anhebung der Verschuldungsobergrenze noch vor dem 7. Februar, spätestens aber bis Ende Februar 2014 für sichere und stabile Verhältnisse in unserer Wirtschaft und auf den Finanzmärkten zu sorgen."

Michael Steel, ein Sprecher Boehners, wiederholt ständig, dass die Regierung keinesfalls wieder zahlungsunfähig werden dürfe, fügt aber gleich hinzu, die Republikaner würden der erneuten Erhöhung der Verschuldungsobergrenze nur dann zustimmen, wenn man ihnen einige Zugeständnisse mache.

Boehner erklärte letzte Woche: "Ich hoffe, dass sich das Repräsentantenhaus und der Senat schnell auf ein Gesetz zur Anhebung der Verschuldungsobergrenze einigen werden." Seine Mitarbeiter signalisierten aber, dass es schon einiger Beschwichtigungsmaßnahmen bedürfe, damit die Konservativen im Repräsentantenhaus ihr Gesicht wahren könnten; sie fordern vom Weißen Haus immer noch eine Begrenzung des Wachstums bei Sozialprogrammen wie Medicare (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Medicare>) und Steuersenkungen.

Präsident Obama hat erneut bestätigt, dass er sich nicht in die Verhandlungen über die Erhöhung der Verschuldungsobergrenze einmischen werde, weil die in der Verantwortung des Kongresses lägen und er keinen Druck ausüben wolle. Die Republikaner hatten sich während der 16-tägigen Regierungsstilllegung im Oktober 2013 sehr über die Zurückhaltung des Präsidenten aufgeregt; sie hatten dann aber doch eingelenkt und die Regierung durch Anhebung der Verschuldungsobergrenze bis zum 7. Februar 2014 wieder zahlungsfähig gemacht. Führende Demokraten in beiden Häusern des Kongresses drängen das Weiße Haus, sich auch weiterhin aus den Verhandlungen herauszuhalten.

"Nachdem sich beide Parteien auf einen Haushalt geeinigt und die Ausgaben der Regierung für dieses Jahr abgesehnet haben, sollten wir weitere selbstgemachte Krisen vermeiden und uns den echten Herausforderungen gemeinsam stellen," sagte die (demokratische) Senatorin Patty Murray (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Patty_Murray) aus Washington, die Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Senats ist. "Ich hoffe, dass auch die Republikaner Finanzminister Lew erhören und gemeinsam mit den Demokraten sicherstellen werden, dass die USA ihre finanziellen Verpflichtungen ohne Verzögerung erfüllen können."

Die republikanischen Abgeordneten des Repräsentantenhauses werden sich nächste Woche zu ihrer jährlichen Planungskonferenz versammeln. Dabei wird es sicher auch darum gehen, unter welchen Bedingungen sie einer schnellen Erhöhung der Verschuldungsobergrenze zustimmen werden.

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern und Hervorhebungen versehen. Auch daraus geht wieder hervor, dass die Finanzierung des überbeuerten Neubaus eines US-Hospitals bei Weilerbach noch keineswegs gesichert ist; darauf haben wir bereits in der LUFTPOST 191/13 hingewiesen, die unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP19113_071213.pdf aufzurufen ist. Zum besseren Verständnis der Scheingefechte um die Erhöhung der Verschuldungsobergrenze der USA empfehlen wir die nochmalige Lektüre der unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP15113_091013.pdf aufzurufenden LUFTPOST 151/13. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)

The New York Times

Treasury Secretary Sends Warning on Debt Limit

By JONATHAN WEISMAN

JAN. 22, 2014

WASHINGTON — Treasury Secretary Jacob J. Lew warned Congress on Wednesday that the government would most likely exhaust its ability to borrow in late February, setting up yet another fiscal showdown with Republicans, and this time earlier than congressional leaders had anticipated.

In a letter to Speaker John A. Boehner and the other top three congressional leaders, Mr. Lew said a surge of February spending, mainly tax refunds for 2013, would leave the Treasury with little room to maneuver after the official debt limit is reached on Feb. 7.

The letter amounts to an early alarm bell, coming just weeks after Congress passed its first bipartisan budget and comprehensive spending bill in years. Those bills were supposed to serve as a cease-fire in the budget wars that have rattled the country and the economy since Republicans took control of the House in 2011.

But they left untouched the debt limit, which has been a rallying cry for conservatives for three years. As recently as last week, Senator Harry Reid of Nevada, the majority leader, said the debt ceiling fight could be put off until as late as May while the Treasury shuffled government accounts to meet its obligations.

With his letter, Mr. Lew sought to end such speculation. Unlike past debt ceiling fights, this one is coming at a time of year when Treasury payments soar, leaving him little “headroom” to put off the fight. Last February, government spending reached \$230 billion, compared with \$45 billion in other months. This year will be worse, because the government shutdown delayed the start of tax season and will concentrate refund payments.

“Protecting the full faith and credit of the United States is the responsibility of Congress, because only Congress can extend the nation’s borrowing authority,” Mr. Lew wrote. “No Congress in our history has failed to meet that responsibility. I respectfully urge Congress to provide certainty and stability to the economy and financial markets by acting to raise the debt limit before Feb. 7, 2014, and certainly before late February.”

Michael Steel, a spokesman for Mr. Boehner, reiterated that the speaker does not want to get “even close” to a default on the United States debt. But, he added, a “clean” increase in the debt limit without some concessions to Republicans “simply won’t pass in the House.”

Mr. Boehner said last week, “I would hope that the House and Senate would act quickly on a bill to increase the debt limit.” But aides signaled they would need some face-saving measure to placate House conservatives who still want to force concessions from the White House, possibly on controlling the growth of entitlement programs like Medicare or easing the path to an overhaul of the tax code.

President Obama continues to say he will not negotiate over the debt limit, which he said is a congressional responsibility, not a bargaining chip. Republicans were infuriated by that stand during the 16-day government shutdown in October. But they acquiesced, reopening

the government and suspending the debt ceiling until Feb. 7. Senior congressional Democrats are pushing the White House to maintain its no-negotiating stance.

“With the bipartisan agreements on the budget and on funding the government for this year, we have an opportunity to move past the manufactured crises and work together on real challenges,” said Senator Patty Murray of Washington, the chairwoman of the Senate Budget Committee. “I hope Republicans will listen to Secretary Lew and join Democrats to ensure the U.S. pays its bills on time with no strings attached.”

House Republicans will gather next week for their annual planning retreat. That will kick off efforts to resolve an impasse on the debt ceiling.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern